

Verstrahlte Geisterstadt

Film „Verwundete Erde“

Von unserer Mitarbeiterin
Janina Beuscher

Im April 1986 feiern Piotr und Anya in der russischen Kleinstadt Prypjat ihre Hochzeit. Alle sind fröhlich, es wird getrunken, getanzt und gesungen. Währenddessen ist der Physiker Alexei mit seinem Sohn Valery in der Natur unterwegs und sie pflanzen gemeinsam einen kleinen Apfelbaum. Das Unheil im nahe gelegenen Kernkraftwerk Tschernobyl kündigt sich bereits an.

Was die Menschen von Prypjat zu dieser Zeit noch nicht wissen: Nach einer Explosion tritt Strahlung aus, die die Umgebung verseucht. Erst stirbt die Natur, dann die Tiere. Und bis die ersten Menschen sterben, dauert es nicht lange. Denn der Bräutigam Piotr ist Feuerwehrmann, er muss zum Einsatz an das Atomkraftwerk und stirbt durch die hohe Radioaktivität, der er ausgesetzt ist. Prypjat, einst eine ukrainische Vorzeigestadt, wird viel zu spät evakuiert und im Laufe der Zeit zur Geisterstadt. Das Riesenrad, auf dem nie jemand seine Runden drehte, steht heute noch als stilles Mahnmahl im Stadtzentrum. Zehn Jahre später führt die einstige Braut Anya, die bereits ihre Haare zu verlieren beginnt und das schwere Trauma mit sich herum schleppt, schaulustige Touristen durch den Ort des Geschehens und zum „Sarkophag von Tschernobyl“. Der mittlerweile jugendliche Valery sucht nach seinem Vater, der Physiker am Kraftwerk war und aufgrund der Anweisung zum Stillschweigen den Verstand verloren hat. All dies ist eine Mischung aus Fiktion und Realität des Films „Verwundete Erde“, der aus Anlass des 30. Jahrestags der Atomkatastrophe von Tschernobyl im Karlsruher Kino „Kurbel“ gezeigt wurde und zu dem der Kreisverband der Grünen eingeladen hatte. „Dieses Jahrhundert wird das letzte sein, in dem es Atomkraftwerke gibt“, erklärte die Karlsruher Grünen-Bundestagsabgeordnete und Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl (Foto: dpa) im Anschluss an den Film. Den Grund dafür sieht sie allerdings nicht in einem Umdenken, sondern in den hohen Kosten. „Wirtschaftlich rechnen sich die Kraftwerke einfach nicht mehr.“

Als einen unhaltbaren Zustand bezeichnete Kotting-Uhl die derzeitige Sicherheitssituation um die AKW: Gefährliche Protokolle, nicht gemeldete Störfälle und die offene Frage nach der Endlagerung des Atommülls. „Wir haben eine Technologie, deren Auswirkungen grenzüberschreitend sind. Aber die Aufsicht über die Sicherheit ist national begrenzt. Das müssen wir ändern“, erklärte sie und verwies auf die derzeitige Debatte mit Belgien um die Reaktoren Tihange 2 und Doel 3.



S. Kotting-Uhl



DER LETZTE MANN IM KONTROLLRAUM: Alexej Breus besuchte seinen alten Arbeitsplatz im Atomkraftwerk Tschernobyl, kurz nach der Explosion sollte er den Reaktor per Knopfdruck fluten, doch die Katastrophe war nicht mehr aufzuhalten. Foto: dpa

Außer Kontrolle

Vor 30 Jahren explodierte das Atomkraftwerk Tschernobyl

Von unseren Mitarbeitern
Andreas Stein und Friedemann Kohler

Verzweifelt drückt Alexej Breus auf den Knopf im Kontrollraum von Tschernobyl – doch der Versuch, die Katastrophe zu stoppen, scheitert. 30 Jahre danach erinnert sich der Ukrainer gut an seinen Einsatz. „Es war wohl der sinnloseste Versuch, den man unternehmen konnte“, sagt der 57-Jährige. Breus gilt als der letzte Mann im Kontrollraum von Tschernobyl. Rund 15 Stunden nach der Explosion sollte er den Reaktor per Knopfdruck fluten. Ergebnislos.

Vor 30 Jahren, am Samstag, dem 26. April 1986, geriet um 1.23 Uhr Ortszeit im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl ein Experiment außer Kontrolle. Reaktor vier explodierte. Der GAU, der größte anzunehmende Unfall, war eingetreten. Ähnlich katastrophal war nur noch 25 Jahre später die Kernschmelze im Kraftwerk Fukushima in Japan. Tschernobyl und Fukushima zusammen haben die Diskussion über Kernkraft verändert – vor allem im hoch industrialisierten Deutschland, das sich 2011 auf einen völligen Ausstieg festgelegt hat.

Aber die Katastrophe von Tschernobyl läutete auch das Ende der bis dahin als stabil geltenden Sowjetunion ein. Tagelang verschwiegen die sowjetische Führung

unter Generalsekretär Michail Gorbatschow das Unglück. Doch mehr als 100 000 Menschen mussten umgesiedelt werden, knapp 600 000 Menschen aus der gesamten Union mussten in den folgenden Jahren bei Aufräumarbeiten helfen. Bis heute leiden viele unter der Strahlenbelastung.

Nicht nur der Norden der Ukraine, auf deren heutigem Territorium das Unglück geschah, wurde 1986 verstrahlt. Die radioaktive Wolke traf vor

Eine neue Stahlhülle soll die Ruine abdichten

allem das benachbarte Weißrussland, den Westen Russlands, dann verteilte sie sich Richtung Skandinavien und Westeuropa. Unmittelbar nach der Explosion kamen bei Lösch- und Rettungsarbeiten etwa 30 Kraftwerksmitarbeiter und Feuerwehrleute ums Leben. Wie viele Menschen insgesamt an den Folgen von Tschernobyl gestorben sind, ist bis heute umstritten. Experten gehen von einigen Zehntausend Todesfällen aus.

30 Jahre später ist Tschernobyl in der unabhängigen Ukraine kaum noch ein Thema. Die mehr als 210 000 registrierten „Liquidatoren“ machen vor allem

dann auf sich aufmerksam, wenn es gilt, Invalidenrenten und Vergünstigungen zu verteidigen. Doch Wirtschaftskrise und der Krieg im Osten beschäftigen die Ukraine mehr. Wegen des Konflikts im Bergbauggebiet Donbass ist Kohle knapper geworden, der Anteil der Atomenergie an der Stromproduktion ist auf über 50 Prozent gestiegen. Immer wieder gibt es auch Pläne für den Neubau von Reaktoren.

Dennoch ging die erste Reise des frisch gebackenen Umweltministers Ostap Semerak vergangene Woche in die 30-Kilometer-Todeszone um die Reaktorruine. Er inspizierte den Bau der neuen Stahlhülle, die für die nächsten 100 Jahre die Überreste des Kraftwerksblocks vor dem Eindringen von Wasser und dem Entweichen von Staub schützen soll. Der für geschätzte 2,1 Milliarden Euro errichtete Bogen soll im kommenden Jahr über den alten einsturzgefährdeten Beton-Sarkophag geschoben werden. Er war damals in aller Eile errichtet worden und sollte eigentlich nur für 20 Jahre Schutz gewähren.

Arte-Themenabend

Mit drei Dokumentationen widmet sich Arte den Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima am Dienstag, 26. April, ab 20.15 Uhr.

Gefahr aus den Wolken

Auswirkungen im Land

Von unserem Redaktionsmitglied
Tobias Roth

Die Telefone standen nicht mehr still. „Es klingelte permanent“, erinnert sich Hubert Wenzel, Mitarbeiter der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW). Die Nachricht aus Tschernobyl sorgte auch im Südwesten für Aufregung und Ängste. Besorgte Bürger riefen an, Bürgermeister, Landwirte, Unternehmer. Es ging um Sandkästen, Badeseen, Obst und Gemüse oder die Filter großer Lüftungsanlagen. „Man hätte überall zugleich sein können!“, sagt Wenzel, der ein zusätzliches Telefon außerhalb des Hausnetzes einrichten musste, um die Kommunikation der LUBW mit Ämtern und Behörden aufrechtzuerhalten. 1986 war das Festnetztelefon mit Wählscheibe das Kommunikationsmittel Nummer eins, das Faxgerät war „Hightech“ und die Datenbank mit den Messergebnissen war eine Pinnwand mit Zetteln. Wochenlang ging das so und es waren auch Fragen dabei, die Wenzel heute noch schmunzeln lassen: „Geht die Strahlung beim Kochen weg?“

Die radioaktive Wolke nach dem GAU in Tschernobyl war über Skandinavien bis nach Mitteleuropa gezogen, durch

„Geht die Strahlung beim Kochen weg?“

regionale Niederschläge waren in Deutschland vor allem Baden-Württemberg und Bayern betroffen. Am 30. April, sechs Tage nach der Katastrophe, waren die Auswirkungen an der Messstation im südbadischen Waldshut, nah an der Schweizer Grenze, messbar. „Wir konnten verfolgen, wie sich der Strahlenpegel im Laufe des Tages verdoppelte“, erklärt LUBW-Experte Reinhard Aures. Er war damals für den Probebetrieb der Kernreaktorfernüberwachung verantwortlich. Die Bundesmessstelle auf dem Schauinsland bei Freiburg bestätigte den Anstieg. Heute wisse man, dass die jährliche Dosis für die Bevölkerung in Deutschland aus den Folgen des Reaktor-Unfalls in Tschernobyl weniger als ein halbes Prozent der Dosis durch natürliche Strahlung ausmacht.

Aber auch heute sind die Folgen von Tschernobyl noch vereinzelt nachweisbar. „Wir finden bei Stichproben in den Böden Oberschwabens noch das langlebige Cäsium-137“, sagt Margareta Barth, Präsidentin der LUBW. In einigen Regionen Süddeutschlands kann das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Freiburg im Fleisch mancher Wildschweine auch heute noch erhöhte Cäsiumwerte feststellen. „In allen anderen Nahrungsmitteln finden wir dagegen kaum noch künstliche Radionuklide“, so Barth. In Deutschland wurde im Dezember 1986 das Strahlenschutzvorsorgegesetz erlassen und eine bundesweite, flächendeckende Überwachung der Umweltradioaktivität eingeführt.